

Kosmopolitische Begründungen für globale Demokratie sind angesichts der kulturellen und weltanschaulichen Diversität in der heutigen Welt in der Krise. Jan Aart Scholte, der im November 2013 am Käte Hamburger Kolleg einen transkulturellen Dialog inszenierte, will als Alternative Reflektionsräume schaffen, in denen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer jenseits der konventionellen, westlich dominierten Routinen auf grundlegende Normen und Prinzipien globaler Demokratie diskursiv verständigen können.

Transkultureller Dialog und die Wiedererfindung globaler Demokratie¹

Ein Gespräch mit Jan Aart Scholte

Landläufig gelten kulturelle Unterschiede als Problem und Hindernis für die demokratische Zusammenarbeit von Menschen. Aber können Unterschiede nicht auch Grundlage und Ressource für den gemeinsamen Umgang mit globalen Herausforderungen sein, etwa beim Klimawandel, bei Peacebuilding und sozialer Ungleichheit? Kann

kulturelle Vielfalt nicht auch eine Chance für eine konstruktive und demokratische globale Politik bieten?

Um diese Fragen zu diskutieren schuf das Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21) in Kooperation mit dem Programm Building Global Democracy (BGD) eine Arbeitsgruppe von zehn Wissen-

schaftlerInnen mit langjähriger Erfahrung in theoretischer und praktischer Kulturpolitik. Die Gruppe selbst repräsentierte große geographische, soziale, disziplinäre und ideologische Unterschiede.

Nach ersten individuellen Überlegungen traf sich die Arbeitsgruppe vom 13. bis 15. November 2013 am KHK/GCR21 in Duisburg zu einem



Jan Aart Scholte. Foto: KHK/GCR

Workshop. Wir sprachen mit dem Projektleiter Jan Aart Scholte über den Austausch und die Ergebnisse des Treffens.

KHK: Um mit dem Wichtigsten gleich zu beginnen: Bietet kulturelle Vielfalt Ansatzpunkte für eine globale demokratische Zusammenarbeit und die Lösung globaler Probleme? Oder ist das nur ein frommer Wunsch?

JAS: Bei den Teilnehmern des Workshops, die durchaus unterschiedliche Positionen bezogen, herrschte in dieser Hinsicht Einigkeit: Eine neue Politik der kulturellen Vielfalt schafft Möglichkeiten für eine globale demokratische Zusammenarbeit. Dafür müssten die betroffenen Menschen jedoch echte Beteiligung erleben und die globale Politik müsste unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensweisen akzeptieren und integrieren. Allerdings haben die herkömmlichen Ansätze für eine Kulturpolitik im globalen Maßstab versagt. Wir denken daher, dass es sich lohnt, „Transkulturalität“ als neuen Ansatz näher zu erkunden.

KHK: Bevor wir darauf kommen, welche bisherigen Ansätze haben versagt und warum?

JAS: Da ist zunächst der liberale Universalismus. Er gibt den Menschen auf der ganzen Welt vor, ihre kulturellen Unterschiede durch Assimilation an eine westlich-moderne Lebenswelt zu überwinden.² Allerdings hat die westliche Moderne nicht alle Antworten auf alle globalen Herausforderungen. Sie kann sogar ein wesentlicher Teil der Probleme sein. Man denke etwa an kapitalistische Ausbeutung oder die Arroganz der Wissenschaft. Darüber hinaus ist offensichtlich, dass große Teile der Menschheit längst nicht alles an der westlichen Moderne akzeptieren und ihre Verbreitung als Imperialismus betrachten. Insofern schwächt der liberale Kosmopolitismus die Demokratisierung der globalen Zusammenarbeit eher als dass er sie stärkt.

Der zweite Ansatz, der kommunitaristische Multikulturalismus, besagt, dass die Menschheit sich in abgeschlossenen kulturellen Gruppen bewegt, die im besten Fall getrennte Leben im Geiste respektvoller gegenseitiger Toleranz führen. Tiefergehende Kontakte zwischen unterschiedlichen Kulturgruppen würden leicht in Konflikt, Angst und Gewalt münden.³ In der Praxis sind kulturelle Landkarten jedoch viel verschwommener; die Menschheit ist nicht säuberlich in einzelne Nationen und Zivilisationen aufgeteilt. Auch angesichts der Dichte globaler Zusammenhänge ist ein kommunitaristischer Kulturseparatismus heute nicht möglich. Überdies erzwingen die heutigen globalen Herausforderungen – denken wir an die ökologischen Grenzen unseres Planeten – ein hohes Maß an Zusammenarbeit über kulturelle Unterschiede hinweg. Die kommunitaristische Segregation ist also keine Option.

Ein dritter Ansatz ist die Interkulturalität. Er akzeptiert immerhin, dass globale Zusammenarbeit auf der Grundlage unterschiedlicher Lebenswelten geschaffen werden muss. Interkulturalität postuliert, dass durch interkulturelle Kommunikation und Verhandlung zerstörerische Szenarien eines „Kampfes der Kulturen“ vermieden werden können und konstruktive Zusammenarbeit möglich wird.⁴ Der Ansatz hält jedoch an der Annahme des Multikulturalismus fest, dass sich Kulturen in fein säuberlich trennbaren Gruppen abbilden, obwohl sie sich in der Lebenswelt überlagern und überschneiden. Zudem vernachlässigt Interkulturalität, dass die Verhandlung kultureller Differenzen auch die Machtunterschiede zwischen den Lebenswelten angehen muss. Auch kann Interkulturalität mit einem eher optimistischen Blick übersehen, dass einige kulturelle Unterschiede zwangsläufig eine Quelle tiefen Konflikts darstellen. Guter Wille allein reicht nicht immer aus, um ein interkulturelles Kondominium zu erreichen.

KHK: Sie wollten, wie Sie sagen, die Möglichkeiten von „Transkulturalität“ erkunden. Vermutlich mussten Sie sich im Workshop zunächst über den Begriff „Kultur“ verständigen.

JAS: Ja. Wie angesichts des unterschiedlichen geografischen, sozialen, fachlichen und ideologischen Hintergrunds der Teilnehmer nicht anders zu erwarten war, gab es hier sehr unterschiedliche Vorstellungen. Für einen Teilnehmer beinhaltete Kultur „alles, was Menschen tun, ohne dass es genetisch programmiert ist“. Für einen anderen war Kultur das, was es braucht, damit die Menschheit vom Leben der Jäger und Sammler in einen Zustand der Zivilisation übergeht. Für einen dritten beinhaltete Kultur „Prozesse der Bedeutungskonstruktion“. Andere bezogen Kultur auf „die Grundwerte einer Gesellschaft“ und „was Menschen in Bezug auf das tun, was sie denken, das sie tun sollten“. Für viele in der Runde verband Kultur die Gegenwart mit der Vergangenheit – durch Tradition, Bräuche, Überlieferung, Wurzeln. Im Gespräch wurde Kultur auch oft mit einer kollektiven Identität verbunden, sei es auf nationaler, religiöser oder anderer Basis. Es wurde deutlich, dass eine einheitliche Definition von „Kultur“ nicht möglich ist.

KHK: Wenn der Begriff „Kultur“ so unterschiedlich aufgefasst werden kann, wie verhält es sich dann mit „kultureller Vielfalt“?

JAS: Im Workshop wurde betont, dass die kulturelle Vielfalt in der Weltpolitik eine Vielzahl von Dimensionen hat. Meist sind Nationalität, ethnische Herkunft und Religion bedeutsam. Aber kulturelle Unterschiede können auch in Bezug auf Alter, Kaste, Klasse, Behinderung und Nicht-Behinderung, Geschlecht, Sprache, Beruf, Rasse, Region und sexueller Orientierung entstehen. Die relative Bedeutung dieser Dimensionen hängt von der jeweiligen Situation ab. Auf jeden Fall ist klar, dass echte demokra-

tische Zusammenarbeit auf globaler Ebene viele Dimensionen kultureller Vielfalt berücksichtigen muss – nicht nur die ethnische Zugehörigkeit und die Religion.

KHK: Kulturelle Vielfalt bedeutet jedoch nicht nur Variantenreichtum, sondern häufig auch Unvereinbarkeit?

JAS: Richtig, Inkommensurabilität. Konzepte und Praktiken einer Lebenswelt können nicht von denen einer anderen Lebenswelt verstanden werden; eine vollkommen verständliche Übersetzung der Zusammenhänge ist nicht möglich. Die demokratische globale Zusammenarbeit wird besonders in diesen Fällen auf die Probe gestellt. Tatsächlich können die Beteiligten sogar unvereinbare Auffassungen von „Demokratie“, „Globalität“ und „Zusammenarbeit“ haben.

Für einige Teilnehmer des Workshops war kulturelle Inkommensurabilität die Ausnahme, die sich zum Beispiel nur in bestimmten, radikal divergierenden religiösen Überzeugungen äußert. Für andere war Inkommensurabilität viel verbreiteter, wenn Menschen mit angeblich gleicher Sprache und Kultur sich in wichtigen Bereichen nicht verstehen. In diesem Fall stellt kultureller Unterschied für die demokratische globale Zusammenarbeit eine Herausforderung erster Ordnung dar.

Es wurde zwischen harmloser und negativer Inkommensurabilität unterschieden. Erstere ist gegeben, wenn Menschen die fraglichen Unterschiede respektieren, letztere wenn ihnen dies nicht möglich ist. Abholzung kann zum Beispiel von manchen als notwendig betrachtet werden, um den Lebensunterhalt zu sichern; er kann von anderen aber als unmoralische Umweltzerstörung wahrgenommen werden. Die weibliche Beschneidung kann von manchen als wichtiger Initiationsritus gesehen werden, von anderen als eine abscheuliche patriarchale Gewalttat. Negative Inkommensura-

bilität zählt zu den größten Problemen für die demokratische globale Zusammenarbeit.

KHK: Im Zusammenhang mit globaler Zusammenarbeit scheint doch wesentlich, wer sich bei kulturellen Inkommensurabilitäten schließlich durchsetzt, nicht wahr?

JAS: Im Workshop wurde auch stets die Verbindung zwischen Kultur und Macht betont. Die meisten Teilnehmer waren sich einig, dass Kultur von Natur aus politisch ist. Die Machtverhältnisse in einer Gesellschaft beeinflussen immer auch die sich entwickelnde Form von Kultur. Welche Durchsetzungskraft kulturelle Konzepte auf der Bühne der globalen Zusammenarbeit haben, hängt von den mit ihnen verbundenen Machtpositionen ab. Die „sanfte Macht“ Kultur kann in ihrer Auswirkung sehr „hart“ und zwingend sein. Kulturelle Macht kann bestimmte Lebensentwürfe willkürlich und sogar mit Gewalt von der globalen Entscheidungsfindung ausschließen. So etwas haben wir zum Beispiel bei der Dezimierung indigener Völker, der Unterdrückung von Widerspruch durch Fundamentalisten und beim Auslösen von Sprachen erlebt.

Doch kulturelle Macht in der Weltpolitik könnte auch horizontal sein, wenn sie auf gleiche Fähigkeit, gleiche Wertigkeit und kulturübergreifendem Austausch abhebt.

KHK: Damit wären wir bei „Transkulturalität“ als einer Politik der kulturellen Vielfalt, die die demokratische globale Zusammenarbeit voranbringen könnte?

JAS: Ja, der Workshop hat sich intensiv mit dem Thema befasst. Und obwohl den Teilnehmern ein gemeinsames Verständnis fehlte, was Transkulturalität genau nach sich ziehen könnte, herrschte Einigkeit darüber, dass ein neuer Ansatz für kulturelle Vielfalt in der globalen Politik Wege zu Wissen, Gerechtigkeit, Frieden, Gemeinschaft und

Demokratie ebnen könne. Wir haben sieben Eckpfeiler von Transkulturalität identifiziert.

Der erste ist intensive Reflexivität. Das Prinzip geht davon aus, dass die demokratische globale Zusammenarbeit besser vorangebracht wird, wenn bei der Verhandlung kultureller Unterschiede alle Beteiligten ihre Besonderheiten fortwährend kritisch hinterfragen. Der Mikrokosmos des Workshops bestätigte diese Annahme. Keiner der Teilnehmer beanspruchte für seine Position eine „überkulturelle“ Grundlage oder erwartete eine allgemeingültige und unveränderliche Formel für demokratische globale Zusammenarbeit zu entdecken. Reflexivität verdeutlichte den Mitwirkenden den kontextabhängigen Charakter ihrer Ansichten.

Das zweite Prinzip ist die Beachtung von Machtverhältnissen. Die Annahme ist, dass demokratische globale Zusammenarbeit besser funktioniert, wenn die Beteiligten die jeweiligen Machtverhältnisse der kulturellen Positionen erkennen und versuchen, Dominanz und Unterordnung zu minimieren. Im Mikrokosmos des Workshops bemühten sich die Teilnehmer bewusst, allen Positionen das gleiche Maß an Stimme und Einfluss zu gewähren. Der Verzicht auf Hierarchie förderte einen offenen und kooperativen Austausch, aus dem sich eine Vielzahl von Ideen und Vorschlägen entwickelte.

Der dritte Eckpfeiler von Transkulturalität ist Anerkennung kultureller Komplexität. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Kultur keine reinen Formen annimmt, sodass Gruppen von Menschen säuberlich voneinander getrennt wahrgenommen werden könnten. Es gibt keine „afrikanische“, „chinesische“, „indigene“ oder „türkische“ Kultur einer homogenen Gruppe, die klar von anderen abzugrenzen wäre. Für den Workshop bedeute dies, dass sich die Teilnehmer nicht einer einzelnen Kategorie oder einem Typus zuordnen und keine binären Selbst-Andere-Dichotomien vornahmen.

So war das Gespräch multidirektional, inklusiv und nuanciert.

Das vierte Prinzip ist die Würdigung der Vielfalt. Kulturelle Vielfalt kann eine wichtige Ressource für eine kreative, effektive und demokratische Global Governance sein. Sie sollte nicht nur toleriert werden, sondern aufgegriffen und aktiv gefördert werden. Mehrere Teilnehmer meinten sogar, dass die Förderung der kulturellen Vielfalt für das Überleben der Menschheit notwendig ist, um neue Antworten auf Probleme zu finden. Im Workshop selbst sorgte die Neugier auf Andersartigkeit für eine Reihe von Einsichten und Vorschlägen.

Ein fünfter Baustein für Transkulturalität ist Demut angesichts kultureller Unterschiede. Es gibt, wie schon erwähnt, einige kulturelle Praktiken und Haltungen, die für andere nicht akzeptabel sind. Transkulturelle Politik sollte – so die Auffassung des Workshops – derartigen Inkommensurabilitäten mit demütiger Anerkennung der Grenzen des eigenen Kulturverständnisses begegnen. Transkulturelle Demut verlangt nicht, Unterschiede zu akzeptieren oder gutzuheißen, doch sie vermeidet die schnelle Verurteilung und den Einsatz von Gewalt. Auf diese Weise kann kulturübergreifendes Vertrauen entstehen.

Als sechstes Prinzip wurde aufmerksames Zuhören identifiziert. Dabei gingen die Teilnehmer nicht davon aus, dass sich durch Zuhören kulturelle Inkommensurabilität überbrücken lässt oder das Andere gemocht wird. Doch durch Zuhören ist es möglich, das Andere zu achten, ihm Platz einzuräumen und gegenseitige Empathie und Fürsorge wachsen zu lassen. Insofern ist aufmerksames Zuhören ein Akt der Solidarität, der, wenn er von allen praktiziert wird, die demokratische globale Zusammenarbeit fördern kann. In Duisburg waren die aus sehr unterschiedlichen Umfeldern stammenden Teilnehmer am Ende des dreitägigen Workshops gut miteinander vertraut.

Der siebte und letzte Eckpfeiler der Transkulturalität ist interkulturelles Lernen für positive soziale Veränderungen. Transkulturalität behandelt den Austausch über kulturelle Vielfalt als Lernmöglichkeit, die wiederum zu positiven sozialen Veränderungen beitragen kann. Transkulturelle Politik ist in diesem Sinne ein Prozess, der die Möglichkeit neuer Wege aufzeigt. Interkulturelles Lernen führt in der Regel nicht zu kultureller Konvergenz, da die Beteiligten unterschiedliche Lehren ziehen und in unterschiedlichen Kontexten anwenden, um unterschiedliche Veränderungen zu bewirken. So lernten auch die Workshop-Teilnehmer unterschiedliche Dinge und veränderten sich auf unterschiedliche Weise. Bei den Ergebnissen des Treffens stimmten sie in keinem Punkt völlig überein, machten damit aber auch deutlich, dass Konsens keine Voraussetzung für die demokratische globale Zusammenarbeit ist.

KHK: Das hört sich alles sehr schön an. Aber wie realistisch ist es, dass Transkulturalität und die genannten Prinzipien Eingang in die globale Politik finden?

JAS: Den Teilnehmern des Workshops war durchaus bewusst, dass die in der ruhigen Abgeschlossenheit des Duisburger Konferenzraums entwickelten Prinzipien und die erzielten Lernerfolge nicht ohne weiteres auf die Realität der globalen Politik übertragbar sind. Einige Teilnehmer meinten daher, dass Transkulturalität utopisch und nicht praktikabel sei.

Zugleich waren die Teilnehmer überzeugt, dass der zu erwartende Nutzen einer sorgsam umgesetzten Transkulturalität für die globale Politik groß wäre. Transkulturalität könnte die kulturelle Lebendigkeit fördern und sei daher ein Wert an sich. Kulturelle Unterschiede seien interessant, anregend, bereichernd und vergnüglich; es lohne sich, sich dafür einzusetzen, zumal in einem transkulturellen Umfeld Demokratie, Verteilungsgerechtigkeit, Freiheit,

Frieden und Solidarität besser gedeihen würden.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass transkulturelle Prinzipien an sich noch nichts Gutes bewirken. Sie hängen vom jeweiligen Kontext und der Umsetzung ab. Daher wurde immer wieder auf den Faktor „Macht“ verwiesen, der bestimmt, ob und wie Transkulturalität umgesetzt wird. So kann Machtgefälle das Interesse an Transkulturalität verringern. Wenn Transkulturalität die Macht globaler Eliten herausfordert, können sie sich eher auf die Forderung des liberalen Kosmopolitismus verlegen: „Behaltet Eure Unterschiede für Euch und werdet wie wir.“ Auf der anderen Seite gewinnen soziale Bewegungen dadurch an Stärke, dass sie nachdrücklich auf den Erhalt von Traditionen bestehen: „Hört mit Eurer kulturellen Komplexität auf, wir wollen uns verteidigen.“

Die Realisierung von Transkulturalität ist also alles andere als selbstverständlich.

KHK: Wenn die Realisierung von Transkulturalität so unsicher ist, welche Strategien und Methoden sind denn denkbar, um Transkulturalität in der globalen Politik auf den Weg zu bringen?

JAS: In der Diskussion kristallisierten sich fünf verschiedene Vorgehensweisen heraus, die unterschiedliche Fürsprecher hatten.

Eine Gruppe favorisierte eine Strategie, die man als „Taktik des Abwartens“ bezeichnen könnte. Die Befürworter gehen davon aus, dass die Widersprüche gegenwärtiger globaler institutioneller Arrangements Räume für eine neue Politik der globalen Vielfalt öffnen werden. Man brauche daher nur abzuwarten, bis der hegemoniale Globalismus die derzeitigen Institutionen der globalen Zusammenarbeit unterminiert habe, um dann mit neuen transkulturalistischen Praktiken in das Vakuum vorzustoßen. In diesem Sinne könnten Einrichtungen wie das Weltsozialforum als Transkulturalität im Wartestand betrachtet werden.

Andere Teilnehmer bevorzugten eine zweite Strategie, die man als „globale Reformstrategie“ bezeichnen könnte. Die Befürworter sehen die wichtigsten bestehenden Global Governance-Institutionen wie die Vereinten Nationen oder die Welt handelsorganisation als durchaus anpassungsfähig, wenn es um Transkulturalität geht. Mit ihrer Reformstrategie geht es den Befürwortern darum, dass diese Institutionen sich in Richtung transkultureller Prinzipien bewegen. Schritte können die Sensibilisierung des Personals in transkultureller Hinsicht, die stärkere Beteiligung einer kulturell vielfältigeren Zivilgesellschaft oder ein allgemeines „Mainstreaming“ transkultureller Prinzipien bei Global Governance sein. Als ein Beispiel für eine Reform führen die Befürworter das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen an.

Als dritte Strategie wurde „Subsidiarität“ herausgearbeitet. Die Verfechter meinen, dass Governance-Regelungen auf globaler Ebene von hegemonialen Kräften so durchdrungen sind, dass sie niemals angemessenen Platz für eine positive Politik der kulturellen Vielfalt bieten können. Keine noch so große Reform, so die Auffassung, könnte die globalen Institutionen wesentlich in Richtung Transkulturalität umgestalten. Politik, die globale Herausforderungen zu bewältigen sucht, müsse deshalb so weit wie möglich auf „untere Ebenen“ des Regierens übertragen werden, etwa Regionen, Länder und Kommunen. Entscheidungen auf der globalen Ebene sollten auf ein Minimum beschränkt werden. Politikprozesse, die globale Fragen berühren, sollten nach dem Prinzip der Subsidiarität in Institutionen stattfinden, die einen kleineren geographischen Aufgabenbereich haben. Verfechter der Subsidiaritätsstrategie können sich zum Beispiel mit der Entwicklung regionaler und nationaler Menschenrechtsinstrumente anfreunden, die über globalen Abkommen stehen.

Die vierte Strategie, die man „polyzentrische Transskalarität“ nennen könnte, lehnt den Top-Down-Charakter der globalen Reformstrategie wie auch die Bottom-Up-Ausrichtung der Subsidiaritätsstrategie ab. Die Verfechter sind überzeugt, dass transkulturelle Weltpolitik von jedem Punkt der Governance-Struktur vorangetrieben werden sollte, der Transkulturalität zuträglich ist, gegebenenfalls sollten verschiedene Ansatzpunkte kombiniert werden. Die polyzentrische Transskalarität setzt auf eine Mischung aus lokalen, nationalen, regionalen und globalen Politiken, je nachdem welche Politik zu einem bestimmten Zeitpunkt am geeignetsten ist. Governance ist für diese Strategie ein komplexes Netz von Chancen und Hindernissen. Als Beispiel für erfolgreiche polyzentrische Transskalarität können die mehrgleisigen Kampagnen Behinderter gelten, sich in der globalen Politik Anerkennung, Respekt, Gehör und Einfluss zu verschaffen.

Als fünfte Strategie identifizierte die Duisburger Runde die „Transformations-Strategie“. Ihre Verfechter sind überzeugt, dass Transkulturalität mithilfe bestehender Governance-Strukturen nicht erreicht werden kann, weder durch globale Reform, noch durch Subsidiarität, noch durch polyzentrische Transskalarität. Für die Transformationisten führt der Weg zu einer radikal neuen Kulturpolitik über Ablehnung, Verweigerung und Zerstörung von Governance, wie sie heute besteht. Vollkommen neue Arten von Institutionen müssten geschaffen werden, die eine demokratische globale Zusammenarbeit erst ermöglichen. Die Verfechter dieser Strategie verweisen auf soziale Basisbewegungen, die jede Einbindung in die bestehende Governance-Architektur ablehnen.

In Duisburg hatte jede der fünf Strategien ihre Befürworter und ihre Kritiker. Einig war sich der Workshop immerhin, dass die

Früchte von Transkulturalität für eine demokratische globale Zusammenarbeit nicht über Nacht reifen werden.

Anmerkungen

- 1) Die Interviews führte Thomas Siebold. Die Ergebnisse dieses Projekts sind in einer Global Dialogues-Publikation des Käte Hamburger Kollegs festgehalten worden (Scholte 2015).
- 2) Archibugi 2008; Brown/Held 2010
- 3) Taylor 1992; Miller 1995
- 4) Cantele 2012; Taylor 2012

Literatur

- Archibugi, Daniele (2008): *The Global Commonwealth of Citizens: Toward Cosmopolitan Democracy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Brown, Garret W./David Held (Hrsg.) (2010): *The Cosmopolitanism Reader*. Cambridge: Polity Press.
- Cantele, Ted (2012): *Interculturalism: The New Era of Cohesion and Diversity*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Miller, David (1995): *On Nationality*. Oxford: Oxford University Press.
- Scholte, Jan Aart (Hrsg.) (2015): *Global Cooperation through Cultural Diversity. Remaking Democracy? Global Dialogues 8*. Duisburg: Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21).
- Taylor, Charles (1992): *Multiculturalism and „The Politics of Recognition“*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Taylor, Charles (2012): *Interculturalism or Multiculturalism? In: Philosophy & Social Criticism*, 38 (4-5). 413–423.

Zur Person

Jan Aart Scholte ist Vorsitzender der Fakultät Frieden und Entwicklung an der School of Global Studies der University of Gothenburg, Schweden und Professor am Department of Politics and International Studies an der University of Warwick. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit den Themen Globalisierung, Global Governance, Zivilgesellschaft, globale Demokratie und Methodologien globaler Studien. Während seines Senior Fellowships am Käte Hamburger Kolleg von November 2012 bis März 2013 forschte er im Forschungsbereich 3 „Global Governance Revisited“. In Zusammenarbeit mit dem „Building Global Democracy“ Projekt konzentrierte er sich auf den transkulturellen Austausch und die Inklusion von Legitimitäts- und Demokratieperspektiven aus zehn verschiedenen Weltregionen.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/70470

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20190822-104643-1

Erschienen in: UNIKATE 47 (2015), S. 82-87

Alle Rechte vorbehalten.